Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 23. Halle, Dienstag, den 15. Januar 1918.

Keinerlei sachliche Differenzen in Berlin.

Die Beratungen zwischen Kaiser, Regierung und Heeresleitung dauern fort.

Bautzen-Kamenz.

Der Kampf um das Mandat in dem Reichstagswahlkreise Sachsens, der noch nie im Besitze der Sozialdemokratie war, ist bekanntlich noch nicht beendet. Die Folgen des mit größter Lebhaftigkeit geführten Wahlkampfes zeigen, wie recht diejenigen hatten, die einen Parteikampf auch in diesem Kreise gern vermieden gesehen hätten. Auch heute noch, nach 3½jähriger Kriegszeit, ist der Standpunkt zu vertreten, daß der Burgfrieden allen Parteien heilig sein sollte, und daß derjenige, der ihn bricht, sich am Wohle der Allgemeinheit versündigt. Nachdem der erste Wahlgang in Bautzen-Kamenz vorüber ist, erübrigt es sich, zu untersuchen, welche Partei die Schuld daran trägt, daß es zu einem Kampfe kam. So viel darf aber in aller Kürze festgestellt werden, daß die Neubesetzung des Mandats in Bautzen-Kamenz burgfriedlich deshalb nicht erfolgen konnte, weil es den Konservativen daran lag, einen Beweis dafür zu erbringen, daß die Mehrheit des Volkes nicht auf der Seite derjenigen Parteien des Reichstags steht, die einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs anstreben.

Formuliert man so die Ursachen des, wie wir wiederholen, an sich durchaus bedauerlichen Parteikampfes in Bautzen-Kamenz, dann muß heute festgestellt werden, daß die Konservativen den Beweis für ihre Behauptung schuldig geblieben sind. Auch in dem umkämpften Wahlkreise hat sich die überwiegende Mehrzahl der an der Urne erschienenen Wähler für die Kandidaten derjenigen Parteien ausgesprochen, die zu der vielgenannten Reichstagsmehrheit gehören. Verkehrt wäre es jedoch, aus dem Ausfall dieser Wahl in einem einzigen Wahlkreise einen Schluß auf die Stimmung zu ziehen, die etwa bei den allgemeinen Wahlen vorherrschend sein könnte. Dafür kann Bautzen-Kamenz niemals ein Gradmesser sein. Die künftigen allgemeinen Wahlen werden auf der einen Seite beeinflußt sein von dem Ausgange des Krieges und den dabei für das Reich erzielten Resultaten, auf der anderen Seite von den während des Krieges begonnenen und nach Eintritt des Friedens fortzuführenden Reformen im Reiche und im Staate.

Für die demnächst in Bautzen-Kamenz stattfindende Stichwahl ist die politische Situation gegeben. Die Mehrheitsverhältnisse des Reichstags sind auch in den letzten Monaten unverändert die gleichen geblieben. Trotz des „Burgfriedens" stehen sich die Parteien der Linken und der Rechten schroff gegenüber. Sowohl in der inneren wie auch in der äußeren Politik gibt es zwischen links und rechts keine Berührungspunkte. In der äußeren Politik erstrebt die Rechte einen Gewaltfrieden an, die Linke einen solchen der Verständigung, der Ruhe und Dauer verspricht. Fast noch schroffer sind die Gegensätze in der inneren Politik. Auch nach den gewaltigen Leistungen des ganzen deutschen Volkes, auch nachdem es durch Jahre hindurch auf blutigen Schlachtfeldern an allen Fronten keine Unterschiede und keine Klassen gegeben hat, sehen die Parteien der Rechten das als Ideal an, was für den gesamten Liberalismus nur Altertumswert besitzt. Und nicht nur auf dem Gebiete der politischen Gleichberechtigung werden sich künftig scharfe Parteikämpfe abspielen, sondern auch auf allen anderen, wobei wir nur einen Komplex von Streitfragen herausgreifen wollen: den Kampf um die Wiedergesundung der deutschen Reichsfinanzen.

Bei solcher Lage kann auch die Stichwahl in Bautzen-Kamenz unter keinem anderen Gesichtswinkel als dem der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage betrachtet werden. Die Stichwahl muß der Ausdruck der im Reichstage obwaltenden Parteikonstellation sein. Es gilt auch in diesem Einzelfalle, der nicht durch die Schuld des Liberalismus praktisch geworden ist, der wirklichen Lage Rechnung zu tragen. Das geschieht nicht durch eine Stärkung der reformfeindlichen Rechte und durch eine Kräftigung derjenigen Elemente, die gegen einen Verständigungsfrieden arbeiten. Darum ist auch die nach den bisherigen Meldungen von der Leitung der Liberalen in dem umstrittenen Wahlkreise angekündigte Parole für die Stichwahl nur zu begrüßen. O. H.

Englischer Geleitzug verunglückt.

Christiania, 13. Januar. Seeleute aus England erzählen, am 3. Januar habe ein Konvoi von 16 Schiffen England verlassen. Auf der Ueberreise wurden sie durch einen Orkan überrascht und auseinandergesprengt. Vier Schiffe haben Rothäfen erreicht. Man befürchtet einen Unglücksfall, weil von den anderen 12 Schiffen jede Nachricht fehlt.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 14. Januar, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wann spricht der Reichskanzler?

Gesandter Dr. Rosen und Graf Rantzau in Berlin.

Berlin, 14. Jan. (Privattelegramm.) Wie wir hören, wird der Reichskanzler nicht schon am Mittwoch im Hauptausschusse des Reichstags, sondern erst einige Tage später sprechen.

Der deutsche Gesandte im Haag Dr. Rosen und der deutsche Gesandte in Kopenhagen Graf Rantzau sind in persönlichen Angelegenheiten in Berlin eingetroffen.

Gegenüber Zeitungsmeldungen, daß eine Aenderung in der Auffassung über die Entwickelung Polens eingetreten sei, erfahren wir, daß im bisherigen Gange der Angelegenheit sich nichts geändert hat.

Tatsachen und Gerüchte.

Kein Kronrat in Berlin.

WTB. Berlin, 14. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt unter der Ueberschrift „Tatsachen und Gerüchte" redaktionell: Der Reichskanzler Dr. Graf Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach Sr. Majestät den Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zur Zeit hier anwesenden Heerführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung des Kronrates verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär von Kühlmann und der Botschafter Graf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Die Verschleppungstaktik der Russen.

Berlin, 14. Januar. (Privattelegramm.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, stoßen die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf Schwierigkeiten, da die Russen bestrebt sind, sich immer von neuem in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Die Verschleppungstaktik, die in Brest-Litowsk von den Russen getrieben wird, macht sich auch bei den Verhandlungen in Petersburg geltend, wo unsere dort weilende Delegation noch zu keinem Resultat gekommen ist.

Kanzler und Hindenburg beim Kaiser.

WTB. Berlin, 14. Januar. Wie der „L.-A." hört, wurden die Empfänge beim Kaiser heute vormittag fortgesetzt. Den Beginn machte eine Besprechung zu der der Kaiser den Kronprinzen empfing. Darauf kam Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche zum Vortrag, worauf der Reichskanzler und Generalfeldmarschall von Hindenburg gemeinsam vom Kaiser empfangen wurden. Nach Beendigung dieser Besprechungen hielt der Kaiser den Feldmarschall noch lange in besonderem Vortrage zurück.

Kleinere Kämpfe im Westen.

WTB. Berlin, 14. Januar. Bei stellenweiser lebhafter Artillerietätigkeit und regem Flugbetrieb trotz des schlechten Wetters hielt die feindliche Erkundungstätigkeit in den einzelnen Abschnitten der Westfront auch am 13. Januar an. So wurden an der Bahn Boesinghe—Staden nördlich Lens, sowie nördlich Reims, hier nach etwa einstündiger feindlicher starker Feuervorbereitung feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen. Auch in der Champagne vorbrechende feindliche Patrouillen wurden im Handgranatenkampf zurückgeschlagen. Dagegen holten unsere Patrouillen nördlich der Straße Lille—Armentières neun Engländer aus den feindlichen Gräben, brachten südlich La Bassée einen englischen Offizier ein, bargen bei Ville-Guislain trotz heftiger feindlicher Gegenwirkung ein englisches Feldgeschütz und nahmen bei Juniencourt mehrere Franzosen gefangen.

Selbststellung eines montenegrinischen Generals.

WTB. Wien, 13. Januar. Vom Kriegspressequartier wird gemeldet: Der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Vesovic hat sich mit seinem Anhange, unter welchem sich der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslon Rajcevic befindet, beim Bezirkskommando Andrijevico gestellt und daselbst die Waffen abgeliefert. Die Genannten werden, da sie sich innerhalb der gestellten Frist den k. u. k. Behörden gestellt haben, des anläßlich des Allerhöchsten Geburtsfestes erlassenen Gnadenaktes teilhaftig.

Neuer griechischer Generalissimus.

WTB. Athen, 14. Januar. (Havas.) Der Verpflegungsminister Encirikos ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Danglis zum Generalissimus ernannt werden wird. Venizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungsarbeit zu entlasten.

Regierungskrise in Ungarn?

Wien, 14. Januar. (Privattelegramm.) Das ungarische Kabinett befindet sich infolge der militärischen Forderungen des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle augenblicklich in einer Krise. Die Bedenken der Sachverständigen gegen das militärische Programm Wekerles sind bisher nicht überwunden. Falls eine Einigung nicht erzielt wird, dürfte das Kabinett demissionieren. In politischen Kreisen Ungarns erwartet man in diesem Falle die erneute Berufung Wekerles zur Kabinettsbildung. Man glaubt, daß er in diesem Falle ein homogenes Kabinett zusammenstellen würde, dessen Hauptaufgabe die Durchführung der Wahlreform und die Schaffung einer Regierungsmehrheit mit einem einheitlichen Programm sein würde.

Am 17. d. M. wählt das Abgeordnetenhaus den Wahlrechts-Ausschuß, in dem eine heftige Opposition von seiten der Arbeitspartei zu erwarten ist.

Demonstrationen in Amsterdam.

WTB. Amsterdam, 14. Januar. Heute nachmittag kam es hier zu Demonstrationen gegen die mangelhafte und ungenügende Lebensmittelverteilung. Die Kundgebungen dauerten mehrere Stunden, ohne daß es zu irgendwelchen ernsteren Zwischenfällen gekommen ist.

Feindlicher Mißbrauch des Roten Kreuzes.

WTB. Berlin, 14. Januar. Neu eingegangene Nachrichten und Eingeständnisse englischer und französischer Offiziere bestätigen wiederum, daß bei den anglo-französischen Munitionstransporten das Rote Kreuz mißbraucht wird und daß zahlreiche Munitionslager hinter der feindlichen Front zum Schutze gegen Fliegerangriffe als Lazarette gekennzeichnet sind.

Ungültige Mandate in Rußland.

WTB. Petersburg, 14. Januar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Volljugausschuß des Arbeiter- und Soldatenausschusses hat einen Erlaß veröffentlicht, der den Räten der Bauern und Soldaten das Recht verleiht, Neuwahlen festzusetzen oder die Wahlen derjenigen Abgeordneten zur verfassunggebenden Versammlung ungültig zu erklären, die nicht die Arbeiter- und Bauernmassen vertreten.

Englischer Schwindel.

WTB. Berlin, 14. Januar. Der englische Funkspruch Poldhu vom 12. d. M. 12.30 Uhr mittags behauptet, die deutsche Regierung, die die unausbleiblichen Folgen fürchtet, die entstehen würden, wenn in Deutschland der genaue Wortlaut der Wilsonschen Kriegszielerklärungen bekannt werde, hat gedroht, sie werde jeden Flieger, der solche Flugblätter abwirft, als Spion erschießen, falls er in deutsche Hände fällt. Die Tatsache, daß, wie sich jeder Leser überzeugen kann, diese Rede die weiteste Verbreitung in allen deutschen Zeitungen gefunden hat, straft die englische Nachricht Lügen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180115014/fragment/page=0001

Energische Worte des Generals Hoffmann.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf der Brest-Litowsker Konferenz.

General Hoffmann gegen das Auftreten der Russen.

Brest-Litowsk, 14. Januar. In seinen weiteren Ausführungen in der am 11. d. M. konstituierten deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission für Beratung der territorialen Frage führte Staatssekretär v. Kühlmann weiter aus:

Es würde also in eine Untersuchung einzutreten sein, welche Teile des russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiete gehörig betrachtet werden können. Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto zu vertretenden bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben, denn daß diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Trotzki: Wir können die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten

durch tatsächlich bevollmächtigte Organe äußert.

Denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange Debatte.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte: Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatspersönlichkeit besteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlage ihres Daseins abzugeben, sobald irgendeiner zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Verkehrskörper als Ausdruck des unzweideutigen Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbstständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kundgibt. Hierbei wies Kühlmann auf die

Beispiele Finnlands und der Ukraine

hin, welche sich ja im Sinne der deutscherseits entwickelten Grundsätze konstituiert hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbständigkeit zuerkannt habe.

Demgegenüber bemerkte Trotzki: Finnland war nicht okkupiert von fremden Truppen. Der Wille des finnländischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unserer Seite konnte nicht die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird.

Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen und die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, so sehen wir keinerlei Hindernis dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Aus den weiteren Verhandlungen stellte zusammenfassend Staatssekretär v. Kühlmann fest:

Trotzki scheine bereits die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt wären, und er würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Herr Trotzki erklärte hierauf, daß Aeußerungen vom Landtage, Volksvertretungen u. dergl. als Aeußerungen des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zur Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergäbe sich die Schlußfolgerung, daß

ein Referendum eingeholt werden müsse,

wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, das die freie Abstimmung der Völker garantieren könne.

Im weiteren Verlaufe der Besprechungen erklärte Trotzki, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse seien desselben Geistes und derselben Politik, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu pflegen beabsichtige. Des weiteren stellte sich Staatssekretär v. Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Unabhängigkeitserklärungen der schon bestehenden Organe schon

jetzt berechtigt seien, Verabredungen zu treffen,

die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich halten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen.

Herr Trotzki glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundsatzes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Volkerschaften dann nicht an den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär v. Kühlmann aus:

Ich bin gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Minister Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Heranziehung von Vertretern der besprochenen Gebiete näherzutreten, fügte aber hinzu, er wünsche zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Trotzki beantragte hierauf,

die Sitzung zu vertagen,

um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten, um sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung vom 12. Jan. resümierte Staatssekretär v. Kühlmann das Ergebnis der vorhergegangenen Beratungen und wünschte dabei Erklärungen der russischen Delegation über die Ausdrücke „Subjekte und Objekte" der Diskussion.

Der Delegierte Kamenew schlug vor, daß beide Seiten in einer schriftlichen Zusammenfassung ihre während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegten. In Ausführung dieses Vorschlags stellte die russische Delegation fest, daß während der Okkupation weder in Polen, noch in Litauen, noch in Kurland irgendwelche demokratisch gewählte Organe gebildet werden konnten oder existieren, die Anspruch darauf erheben könnten, als

Ausdruck des Willens breiter Kreise

der Bevölkerung zu gelten. Die russische Regierung ziehe aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum früheren russischen Kaiserreiche keine Schlüsse, die der Bevölkerung dieser Gebiete irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung gegenüber der russischen Republik auferlegen würden. Sie sehen ihre Aufgabe lediglich in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, sowohl der inneren Staatseinrichtungen wie der innerpolitischen Lage der genannten Gebiete. Dazu bedürfe es der vorhergehenden Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der einen und Rußland auf der anderen Seite über den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht ausüben soll, in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, in bezug auf das Uebergangsregime bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung dieser Gebiete, sowie in bezug auf die Art und Form der Kundgebung des Willens der Bevölkerung dieser Gebiete. Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen werde den § 2 des deutschen Vorschlags vom 28. Dezember zu ersetzen haben. Rußland schlage vor, das Selbstbestimmungsrecht den Nationen zu gewähren, also auch den Teilen, die

außerhalb der Besatzungszone leben.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollten ihrerseits kategorisch erklären, daß sie keine Ansprüche auf die Einverleibung der besetzten Gebiete oder auf Grenzkorrekturen haben. Beide Teile sollten sich verpflichten, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen und sie vor der endgültigen Konstituierung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts nicht durch irgendwelche politische oder militärische Konvention zu binden. Die Abstimmung soll nach Rücknahme der fremden Heere und Rückkehr der Flüchtlinge sowie der evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere soll durch eine besondere Kommission bestimmt werden, entsprechend der Lage der Transportmittel usw. Der Schutz der Ordnung soll dem Nationalheere und lokalen Milizen obliegen, den Flüchtlingen und Evakuierten die volle Freiheit und materielle Möglichkeit der Rückkehr gegeben werden. Von der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung soll die innere Verwaltung in die Hände eines temporären Organs übergehen, das durch Verständigung der politischen Parteien gebildet wird. Die endgültige Entscheidung über die Staatslage der Gebiete und ihrer Staatseinrichtungen soll durch ein allgemeines Referendum erfolgen.

General Hoffmann führte demgegenüber aus:

Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stünde und uns Bedingungen diktieren könnte. Die

Tatsachen sind entgegengesetzt.

Das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiete. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es Ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.

Ihre Regierung ist gegründet lediglich auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Anders-

---

Ein edles Frauenleben.

Roman von K. Deutsch.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er trat aus der Rosenhecke hervor, machte einen Schritt auf sie zu und blieb wieder stehen, sie sah ihm den Kampf an, das Verlangen ihr sich zu nähern und die Mutlosigkeit, die ihn daran hinderte, auch ergriff sie unwillkürlich sein veränderttes Aussehen. Wie bleich war die Färbung seines sonst so dunklen Gesichtes.

„Nun, Herr Graf!" sagte sie mit einem freundlichen Aufblick, „Sie begrüßen mich ja gar nicht und es ist heute mein erster Ausgang."

Der Rittmeister kam rasch auf sie zu, er konnte aber vor Bewegung nicht sprechen. Der lang entbehrte Ton ihrer Stimme, die milde Güte und Freundlichkeit, die auf ihrem Gesichte lag, bewältigten ihn vollständig. „Sie sind ein Engel," sagte er endlich nach einer langen Pause.

So gewöhnlich die Bezeichnung war, aus seinem Munde klang sie tief ergreifend. Lag ja das ganze erdrückende Bewußtsein seiner Schuld darin.

Sie lenkte mit einer seltenen Hochherzigkeit von diesem Gegenstande ab und sagte: „Als ich hier so allein saß, dachte ich, daß das Gefühl für unsere Heimat, für das Stücklein Erde, auf welchem wir geboren sind, nicht immer das Vorwiegende in uns ist. Wenn wir nach langer Krankheit zum ersten Male in Gottes schöne Natur treten, mag es auf welchem Plätzchen der Erde immer sein, so grüßt uns jeder Baum so vertraulich, als wäre er mit uns aufgewachsen, jede Blume so freundlich, als hätten wir sie gepflanzt. In solchen Augenblicken spricht mächtiger etwas in uns, als alles, daß der Mensch eigentlich überall auf der Erde zu Hause ist, das heißt überall, wo die gütige Natur formt und bildet und nicht dort, wo der Mensch arbeitet und schafft . . . Ich kann Ihnen gar nicht sagen, Herr Graf, wie lebhaft diese Empfindung in mir war, als ich heraustrat, dabei war, und ist noch ein solch stiller Friede in mir, daß, wenn ich einen Todfeind hätte, ich glaube, ich würde ihm heute auch verzeihen."

„Auch mir?" fragte er und faßte fast flehend die Hände.

„Auch Ihnen", versetzte sie mit mildem Blick und reichte ihm die Hand.

Er hielt sie mit tiefer Bewegung fest.

„O, es ist zu viel, zu viel", sagte er, „wo gibt es Worte, Ihr Wesen nur annähernd zu bezeichnen? . . . Wo gibt es Worte, um Ihnen zu sagen . . . Nein, nein!" unterbrach er sich, als er ihre unruhige Bewegung gewahrte. „Sie haben nichts zu befürchten. Sie sollen nie mehr solche Worte von mir hören . . . wie in jener Nacht . . . ich bin so wenig Ihrer Teilnahme wert, wie der Abgrund wert ist, von dem Licht der Sonne beschienen zu werden."

Die Daika mit einem Diener erschien, den Kaffeetisch im Freien zu decken. Die Gräfin hatte es zu Ehren an Elisabeths erstem Ausgang so arrangiert; bald darauf kam auch diese in den Garten.

„Da bringe ich Ihnen etwas", sagte sie freundlich zu Elisabeth und legte ihr einen Brief auf den Schoß, „den hat eben der Postbote gebracht."

Elisabeth errötete freudig, es war die Handschrift ihres Onkels.

„Du ersparst den Weg nach Jablonke", wandte sich dann die Gräfin an ihren Sohn, „da kommt Endre geritten.

Wirklich ritt in diesem Augenblick Graf Palfy an dem Garten vorbei.

Er grüßte die Damen vom Pferde, dann stieg er bei der Freitreppe ab, übergab das Tier einem herbeieilenden Diener und trat in den Garten.

Endre küßte der Gräfin die Hand, schüttelte kräftig die Rechte des Freundes und wandte sich dann mit einer fast freudigen Bewegung zu Elisabeth.

„Endlich ganz genesen!" sagte er. „Wissen Sie, Fräulein Werner, ich habe mir die halbe Schuld an dem Unfalle zugeschrieben."

„Wieso, Herr Graf?" fragte Elisabeth.

„Weil es sie gerade betreffen mußte, als Sie von unserem Feste heimfuhren . . . Weißt du, Geza", wandte er sich mit der größten Harmlosigkeit an den Grafen, „ich begreife es bis heute nicht, wie euch das passieren konnte. Ihr hattet doch Wagenlaternen und es ist keinem der heimkehrenden Gäste nur der kleinste Unfall zugestoßen und Misko ist doch der bewährteste Kutscher dreißig Meilen in der Runde."

„Misko hat nicht kutschiert, sondern ich", sagte Geza mit rauher Stimme und ohne aufzublicken.

„Du?!" rief Endre. „Dir ist das passiert? Das ist aber, verzeihe mir, fast unverantwortlich."

„Es war unbesonnen von ihm", sagte Gräfin Helene, „es war finstere Nacht und er wird, wie gewöhnlich, wild gefahren sein."

Graf Geza stand auf glühenden Kohlen; gab es eine Strafe für begangenes Fehl, so litt er sie. Vor ihr auf diese Weise erinnert zu werden! Und nichts zu seiner Entschuldigung vorbringen zu können, nicht die geringste Phrase, daß es ihm leid, daß er es nicht beabsichtigt, nicht irgend etwas, das sein Bedauern ausgedrückt hätte. Wie leichtfertig, ja wie roh mußte er seiner Mutter, seinem Freunde erscheinen.

„Finden Sie Geza nicht sehr verändert?" fragte die Gräfin im Laufe des Gespräches mit besorgtem Tone.

„Ich war bestürzt bei seinem Anblick", fuhr sie fort, „und doch behauptet er, es fehle ihm gar nichts und will keinen Arzt zu Rate ziehen."

„Fühlst du dich wirklich wohl, Geza?" fragte Endre, „Ich finde dich, offen gestanden, auch sehr verändert."

„Es ist nichts", unterbrach ihn Geza mit einer fast heftigen Bewegung. „Ich litt die letzte Zeit an Kopfschmerz, das hat sich aber schon gegeben, seitdem ich zu Hause bin."

Endre sah seinen Freund mit einem seltsam betroffenen Blicke an. Was war das? Was bedeutete dies grundlos heftige, fast krankhafte Wesen?

Als Palfy gegen sechs Uhr abends heimritt, begleitete ihn Geza zu Pferde. Der Weg war zeigend, er führte durch einen Teil des Parkes, unter dessen mächtigen hundertjährigen Eichen ein ewiges Dämmerlicht herrschte. An vielen Stellen fand die Sonne gar keinen Zugang und vergoldete nur die Wipfel und Krone der Bäume. Schmale, gewundene Waldpfade wechselten mit geraden, breiten Kieswegen. Nahe beim Ausgange des Parkes floß der Strom, einen weiten Bogen beschreibend. Doch seine sonst so klaren Gewässer waren in dem Waldgehege von einem grünen Schein umsponnen. Die Freunde hatten die Brücke passiert und waren an einer Stelle angelangt, wo die Bäume lichter standen und der goldene Sonnenstrahl auf dem moosigen Grunde umherhuschte. Hier hielt Endre sein Pferd an.

„Es hilft zu nichts", sagte er, „es muß gesprochen werden. Hast du mir nichts zu vertrauen, Geza?"

Geza schwieg.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180115014/fragment/page=0002

denkenden unterdrückt. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine

Einmischung in der Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig ausgesprochen. Aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung von Kurland, Litauen, Riga und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß der Vorschlag der russischen Delegation, die Delegationen sollen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen würde noch die Aussichten der Verhandlungen in besonders rosigem Lichte erscheinen lassen.

Hierauf erklärte Trotzki, es sei nicht ihre Absicht, die Technik der Verhandlungen zu erschweren, aber sein Vorschlag müßte zur Diskussion gestellt werden und sie würden sich das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu der allgemeinen Deklaration als solche oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in irgendeiner Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzuzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann erwiderte:

Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen, das Vorhandensein schriftlich formulierter ausgearbeiteter Vorschläge, denen auf der anderen Seite keine entsprechende Gegenformulierung entgegengestellt werde, würde durchaus unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine neue Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt.

Die Wahlrechts-Kommission an der Arbeit.

Neuwahlen nach dem neuen Gesetz!

WTB. Berlin, 14. Januar. In der fortgesetzten Aussprache des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wies ein Freikonservativer darauf hin, daß die Wahlrechtsvorlage im engsten Zusammenhange stehe mit dem preußischen Kommunalwahlrechte. Auch die Aufgaben der Gemeinden berührten sich vielfach mit denen des Staates. Die Staatsregierung müßte angeben, wohin mit dem Städtewahlrechte die Reise gehe. Er müsse den Ausführungen widersprechen, daß

das Königstum die Führung

in der Wahlrechtsfrage übernommen habe. Die Botschaft vom 11. Juli 1917 stellt eine Konzession an einen Reichskanzler dar, der am Amte klebte. Für das Pluralwahlrecht, das der Minister des Innern als logisch bezeichnet habe, müßte sich ein Schlüssel finden lassen.

Der Minister des Innern führte aus, er könne nicht versprechen, ob eine alsbaldige Stellungnahme der Regierung zum städtischen Wahlrechte erfolgen werde. Erhebungen würden nötig sein. Es bestehe ein wesentlicher öffentlicher, rechtlicher Unterschied zwischen der Struktur des Staates und der Städte.

Auf die Ausführungen eines nationalliberalen Redners wandte sich der Vizepräsident des Staatsministeriums gegen die Auslegung seiner Worte. Er halte es durchaus aufrecht, daß, wenn die Vorlage nicht zustande komme,

in weiten Volkskreisen eine große Enttäuschung

entstehen könnte, die dazu beitragen könnte, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen. In bezug auf die Ostmarkenpolitik würdige die Regierung die Schwierigkeiten, die sich als Folgeerscheinung aus dem gleichen Wahlrechte ergeben könnten, durchaus, aber auch ein Pluralwahlrecht würde diese nicht gerade erfreuliche Folgeerscheinung nicht hintenanhalten können. Zum

Schutze des Deutschtums

müsse alles geschehen, aber es müsse auch alles vermieden werden, was als Kampfmittel gegen die Polen aufgefaßt werden könne. Nach dem königlichen Erlaß sollte die Vorlage so zeitig eingebracht werden, daß die

nächsten Wahlen bereits nach dem neuen Gesetze

erfolgen könnten. Wenn vielleicht auch die Wahlperiode verlängert werden müßte, so müßte doch sofort nach Eintritt des Friedenszustandes die Auflösung des Landtags erfolgen.

Im Wahlrechtsausschusse des Abgeordnetenhauses führte der Minister des Innern aus: Die Politik in der Ostmark zielte auf Erhaltung des Deutschtums durch positive Maßnahmen, aber er hege den Optimismus, daß auch das Abgeordnetenhaus künftighin die Politik des Schutzes des Deutschtums nicht aufgeben werde. Repressive Maßnahmen würden unterbleiben können. Der Vizepräsident des Staatsministeriums erklärte, daß die preußische Staatsregierung die deutsche Minderheit stützen müsse. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Kurland für den Anschluß an Deutschland.

Köln, 14. Jan. Laut „Köln. Volksztg." erklärte in einer Bielefelder Versammlung der Deutschen Vaterlands-Partei der kurländische Großgrundbesitzer Silvio Broedrich, der kurländische Landtag habe September vorigen Jahres einstimmig eine Erklärung angenommen, die Geschicke vertrauensvoll in die Hände des Deutschen Reiches zu legen. Wenn nochmals Abstimmung erfolgen solle, würden Ritter und Landschaft sich nicht daran beteiligen. Dieses habe er allen maßgebenden deutschen Stellen als Vertreter der Interessen der Landschaft zum Ausdruck gebracht. Auch die Inseln des Rigaischen Meerbusens hätten für Deutschland optiert, einschließlich der nicht von den Deutschen besetzten Gebiete. Zu Rußland gingen die Ostseeprovinzen nicht wieder zurück. Fänden sie keinen Anschluß an Deutschland, so müßten sie in einem skandinavischen Bund Anschluß an England suchen.

Beginn der polnischen Rekrutierungen.

Warschau, 13. Januar. Der „Glos" meldet, daß am 10. Januar die Rekrutierung für das polnische Heer begonnen hat und von da ab in ganz Polen durchgeführt werden wird.

Die Neutralität des Papstes.

Bern, 13. Januar. „Osservatore Romano", das Organ der Kurie, stellt in einem Artikel seines Direktors unter Bezugnahme auf die Behauptung gewisser Blätter, der Heilige Stuhl beabsichtige, dem Kriege gegenüber eine veränderte Stellung einzunehmen, fest, daß der Heilige Stuhl nicht beabsichtige, von der Richtlinie der völligen und strengen Unparteilichkeit abzugehen, die er seit Kriegsbeginn innegehalten habe, und daß er dies auch angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und Wilsons nicht tun werde.

Die Inder fordern das Selbstbestimmungsrecht.

Basel, 13. Januar. Reuter meldet aus Kalkutta: Die Moslem-Liga für ganz Indien versammelte sich am 8. Jan. in Kalkutta. Sie trat der Entschließung des Nationalkongresses bei, in der auf die Notwendigkeit eines parlamentarischen Statuts zur Einführung einer völlig verantwortlichen Regierung bestanden wird. Die Liga fordert außerdem besondere Schutzmaßnahmen für den mohammedanischen Glauben. Eine andere Entschließung wurde angenommen, in der kräftig gegen die Internierung des Präsidenten der Liga, Mohammed Ali, Einspruch erhoben wurde.

Deutsches Reich.

Vereinheitlichung der preußischen Gefängnis-Verwaltung.

Der vielbeklagte Dualismus in der preußischen Gefängnisverwaltung wird nunmehr in kurzem beseitigt werden. Wie der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist auf Antrag des Staatsministeriums durch einen Erlaß des Königs vom 14. Dezember v. J. genehmigt worden, daß die jetzt noch dem Ministerium des Innern unterstellten Zuchthäuser und Gefängnisse auf die Justizverwaltung, die bisher schon den größten Teil der Gefängnisse verwaltete, übergehen. Die Leitung des gesamten Strafvollzugswesens mit Ausnahme der Polizeigefängnisse wird also in Zukunft in der Hand der Justizverwaltung liegen. Da die mit diesem Uebergang zusammenhängenden Etatsverschiebungen bereits im Entwurf des Staatshaushaltsplanes für 1918 berücksichtigt sind, kann damit gerechnet werden, daß die Durchführung der Organisationsveränderungen schon bald erfolgen wird.

Ausland.

Die Teuerung in Spanien.

Madrid, 12. Januar. (Reuter.) Gerüchtweise verlautet, daß in Valencia ohne vorherige Warnung wegen der Lebensmittelteuerung ein Generalstreik ausgebrochen ist. Aus Barcelona meldet man lärmende Kundgebungen aus demselben Grunde. Theater, Kaffeehäuser und Konzertlokale wurden von der Menge angefallen. Die Menge drang in die Lokale ein und plünderte und zertrümmerte die Einrichtung. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und verwundet. Es verautet, daß am Montag der Generalstreik erklärt werden wird. Auch aus anderen Städten werden Unruhen wegen der Lebensmittelteuerung gemeldet.

Halle und Umgegend.

Halle, den 15 Januar 1918.

Hallischer Kolonialverein.

Am Sonnabend sprach vor zahlreicher Zuhörerschaft Herr Dr. O. Karstedt aus Berlin über das Thema:

„Der Weltkrieg und unsere Kolonien.
Rückblicke und Ausblicke."

Leider gibt es noch immer im deutschen Volke Strömungen, die koloniale Vorteile anderen, gewöhnlichen europäischen Vorteilen, opfern wollen.

Für uns ist es keine Frage mehr, daß wir ein koloniales Volk bleiben. In diesem Punkte dürfen wir auch nicht auf den status quo ante zurückkehren. Die Gerechtigkeit verlangt, daß unser 65-Millionenvolk an kolonialem Besitz verhältnismäßig das Gleiche erhält wie andere volksärmere Nationen Wir Deutsche haben noch zu wenig gelernt, weltpolitisch zu denken. Unser großer Bismarck war noch reiner Kontinentalpolitiker, der unsere weltpolitischen Notwendigkeiten noch nicht erkannte. Welchen Aufschwung haben wir aber in den 20 Jahren nach seinem Tode erlebt! das sollten uns doch auch die vielen Kriegserklärungen all der kleinen entlegenen Staaten, wie Liberia und Guatemala lehren, über die wir nur zu leicht geneigt sind, spöttisch zu lachen, weil sie uns militärisch ungefährlich sind. Sie sagen uns, daß wir jetzt ein großes trauriges deutsches Auslandselend haben. Was deutsche Kaufleute, Ingenieure und Lehrer in namenlosem Fleiß und mit Unsummen von Kapital aufgebaut haben, wurde mit einem Federstrich vernichtet. Der Krieg tobt nicht nur um unsere europäischen Besitzungen. Er tobt vielmehr in der Hauptsache zwischen zwei mächtigen Weltwirtschaften, der englischen und der deutschen. So ist er schon von englischen Staatsmännern längst charakterisiert worden. Sie haben auch die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege proklamiert und schon jetzt Vorbereitungen dazu getroffen. Nach dem Kriege wird in allen kriegführenden Ländern ein starker Rohstoffhunger entstehen. Von diesen Rohstoffen will man uns abschließen. Wir sind nur zu leicht geneigt, anzunehmen, daß nach dem Kriege wieder alles beim alten bleibt. Vor dem Kriege bezogen wir 60 Prozent unserer ganzen Einfuhr aus Besitzungen unserer Feinde in Afrika und Amerika. Nur koloniale Besitzungen können uns von dieser Abhängigkeit frei machen. Allein für 100 Mill. Mark bezogen wir jährlich an Oelrohstoffen aus britischen Kolonien. Deutschland verarbeitete sie und hatte darin eine Art Weltmonopolstellung. England hat nun, um uns das Geschäft nach dem Friedensschluß zu stören, einen Zoll von 50 bis 70 Mark auf die Tonne Oelrohstoffe gelegt. Das könnte schon diesen Industriezweig bei uns völlig vernichten.

In dem Bezug von Baumwolle sind wir vor allem von den Vereinigten Staaten abhängig. Dafür haben wir jährlich 600 Mill. Mark ans Ausland gezahlt und ein Zehntel unserer Bevölkerung in den dazu gehörigen Industrien ernährt. Die Erschwerung der Baumwolleinfuhr wäre uns ein gleichschwerer Schlag.

Ehe unsere Industrie zur Blüte gelangte, hatten wir eine Auswanderung von bis zu zwei Mill. Menschen pro Jahr. Die Industrie erst schuf der wachsenden Bevölkerung im eigenen Lande dauernde Erwerbsmöglichkeiten. Durch den Wirtschaftskrieg unserer Gegner würde es uns unmöglich gemacht werden, unsere Millionen weiter zu ernähren. Wir haben fast kein Industrieerzeugnis, zu dem nicht außerdeutsche Rohstoffe nötig wären. Solange aber England und seine Verbündeten ein derartiges wirtschaftliches Uebergewicht haben können sie uns dauernd das Leben schwer machen. Deutschland muß Englands weltwirtschaftliche und koloniale Hegemonie durchbrechen. Wenn Englands Stimme heute milder klingt, so ist damit in unserer Stellung zu England noch nichts gebessert. Die Verbindung Berlin—Bagdad kann diesen wirtschaftlichen Druck nicht aufheben. Deutschland hat die Türkei nötig, der eine große Zukunft bevorsteht. Aber sollen wir unsere ganze Hoffnung auf die schwankende Brücke von politischen Bündnissen stellen? Wir müssen Rohstoffgebiete in Ländern suchen, in denen wir selbst Herren sind und in denen wir selbständig arbeiten können. Wir müssen wenigstens herauskommen aus dem auf Gnade und Ungnade Angewiesensein England und Frankreich und ihren Verbündeten gegenüber.

Die Freiheit der Meere ist eines unserer Kriegsziele, das heißt die Durchbrechung der Kraft, die imstande ist, heute den Verkehr auf allen Meeren zu kontrollieren: die Durchbrechung Englands Seeherrschaft. Wir müssen unsere überseeischen Interessen besser schützen, daß nicht wieder die furchtbare Tragödie der Vernichtung unserer gesamten Auslandsflotte mit hunderten von Menschenleben eintreten kann. Ueberlebende haben uns genug berichtet von den verzweifelten Kämpfen der mit Kriegsausbruch zu Tode verurteilten Schiffe. Deutschland besaß nichts von dem, was England so mächtig zur See macht: Kohlenstationen und Flottenstützpunkte. Kein englisches Schiff braucht mehr als 7—8 Tage zu fahren bis es wieder einen englischen Hafen erreicht. Solange nicht deutscher Kolonialbesitz in den Dienst der Sache gestellt wird, gibt es keine Freiheit der Meere.

Frankreich hat seine Kolonien in den Dienst der Revanche-Idee gestellt. Kolonialsoldaten müssen die fehlenden weißen Soldaten ersetzen. Schon im Frühjahr 1916 waren 600 000 Mann schwarze Truppen auf französischem Boden. Jetzt besteht für ganz Nord-Westafrika die Wehrpflicht nach französischem Muster. Außerdem arbeiten aber Eingeborene in der französischen Industrie und Landwirtschaft und ersetzen hier die Eingezogenen. Frankreich besitzt in seinen Kolonien ein großes Menschenreservoir, das ebensoviele Soldaten stellen kann, wie Frankreich selbst. Das ist eine starke Bedrohung unserer Westgrenzen. Trotz dieser Ausnützung farbiger Völker von feindlicher Seite, beginnen Frankreich, England und die Vereinigten Staaten eine starke Propaganda, Deutschland das moralische Recht abzusprechen, andere Rassen zu beherrschen. Wer den deutschen sozialen Geist kennt und die glänzenden Leistungen von schwarzen Soldaten in Deutsch-Ostafrika, die für eine verlorene Sache kämpfen gegen 10- bis 15fache Uebermacht, dürfte in dieser Frage keine Zweifel mehr hegen. Kolonialwolf sein, heißt Pflichten übernehmen für arme unwissende Eingeborene. Deutschland steht in diesem Punkte blank und rein da. Für England und Frankreich sind die Eingeborenen nur Kanonenfutter. Diese Frage ist einfach genug zu beantworten und soll uns eine Mahnung sein. Der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts hat darauf hingewiesen, daß es eine Pflicht der Gerechtigkeit sei, die Länder niederer Kultur so zu verteilen, daß den Lebensnotwendigkeiten der regierenden Völker entsprochen wird. Wir haben unsere Kolonien nicht vor den Toren von Metz verteidigen können, wie das Bismarck prophezeite. Aber wir können sie wiedererkämpfen und Raum und Besitz sichern, den wir brauchen. Der Verlust unserer Ueberseestellung wird nur eine Episode im Kriege sein, wenn bei uns daheim der Wille vorhanden ist, uns an kolonialen Notwendigkeiten das zu schaffen was wir brauchen.

Zahlreiche Lichtbilder führten uns in englische Kolonialhäfen und Flottenstützpunkte und in deutsche Kolonien, deren hoffnungsreiche Arbeit der Krieg vernichtet hat.

Die Zweieinhalbpfennig-Münze.

Infolge der Einführung von Postwertzeichen im Wert von 7½ Pfennig ist es notwendig geworden, auch eine Münze zu schaffen, die den Erwerb eines einzelnen solchen Postwertzeichens ermöglicht. Es wurde daher die Einführung einer neuen Münze im Werte von 2½ Pfennig beschlossen. Von der Durchführung dieses Beschlusses wird aber einstweilen Abstand genommen werden müssen, weil die für eine solche Münze in Betracht kommenden Metalle zur Zeit nicht zur Verfügung stehen. Das 2½-Pfennig-Stück wird mithin erst nach dem Kriege zur Ausprägung gelangen. Mit seinem Erscheinen im Zahlungsverkehr wird das 2-Pfennig-Stück entbehrlich, da es zwecklos ist, zwei Münzen, deren Zahlwert so dicht beieinander liegt, gleichzeitig im Verkehr zu haben. Auch kann das 1-Pfennig-Stück bei ausreichender Prägung das 2-Pfennig-Stück vollkommen ersetzen.

Der Aufenthalt in Lenna bei Personenzug 801 fällt von Dienstag ab weg. (Siehe Bekanntmachung.)

Einmalige Kriegsteuerungszulage für Volksschullehrer. Während sich die Auszahlung der laufenden Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen sehr verzögert hat, so daß es vor kurzem noch Lehrer gab, die überhaupt keine Teuerungszulage erhalten hatten, wird die Zahlung der einmaligen Kriegsteuerungszulagen erfreulicherweise beschleunigt. Die verheirateten Volksschullehrer erhalten 200 Mark und für jedes Kind eine weitere Zulage von 20 Mark. Die unverheirateten Volksschullehrer und die Lehrerinnen sowohl die angestellten als auch die auftrags- oder vertretungsweise beschäftigten mit einem Diensteinkommen von nicht mehr als 6000 Mark erhalten eine einmalige Kriegsteuerungszulage von 150 Mark. Die Kreiskassen sind mit Weisung versehen, den Volksschullehrkräften die Zulagen sofort ohne besondere Kassenanweisung zu zahlen. Die Kinderzulagen werden später ausgezahlt. Die Zahlung darf jedoch nur erfolgen gegen Vorlage einer von dem vorgesetzten Kreis- oder Ortsschulinspektor mit Stempel und Unterschrift versehenen Bescheinigung über Dienstort, Anstellung bezw. Beschäftigung als Stellenverwalter oder Vertreter sowie über den Familienstand. Die erforderlichen Bescheinigungen sind von den Schulleitern der Kreiskasse sofort vorzulegen, dann erfolgt die Auszahlung der Zulagen. Der Minister empfiehlt den Ma-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180115014/fragment/page=0003

gistraten der Städte mit mittleren Schulen, auch den Lehrern dieser Schulen die einmalige Kriegsteuerungszulagen gewähren zu wollen.

Berufung. Der ordentliche Professor des bürgerlichen Rechts an der Universität Halle, Hans Albrecht Fischer, erhielt einen Ruf in gleicher Eigenschaft an die Universität Jena als Nachfolger Lehmanns.

Der Sächsisch-Thüringische Verein für Erdkunde hat Sitzung (mit Damen), am Mittwoch, abends 8 Uhr im Auditorium XVII der Universität (Melanchthonianum). Herr Oberlehrer Dr. Walter Schmidt aus Dessau spricht über: „Die weltpolitische Bedeutung Arabiens in ihrer Abhängigkeit von der natürlichen Gestaltung des Landes." Nach dem Vortrage ist gesellige Vereinigung im Hotel zur Tulpe.

Der Gartenbauverein Halle lädt zur Monatsversammlung auf heute abend 8⅓ Uhr nach dem Hotel Kaiser Wilhelm ein. Tagesordnung: Herr Garten-Direktor Berkling spricht „Ueber die Fortbildung des gärtnerischen Nachwuchses." Gäste sind willkommen.

Kunst und Wissenschaft.

Dr. von Angerer †.

München, 13. Jan. Exzellenz Geheimrat Dr. Ritter von Angerer, der bekannte Vertreter der Chirurgie an der hiesigen Universität, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Der König hat den Hinterbliebenen telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. Angerer ist geboren im Jahre 1850, besuchte die Universität Würzburg, war Assistent bei Linhart und v. Bergmann, seit 1890 ord. Professor und Direktor der königlichen chirurgischen Klinik in München.

Gerichtsverhandlungen.

Verurteilung eines jugendlichen Raubmörders.

Berlin, 13. Januar. Das Urteil gegen den 17jährigen Lehrling Krüger, der gestern wegen Raubmordes an der 73jährigen Schreibwarenhändlerin Frau Therese Jähnichen in der Liebenwalder Straße vor der Strafkammer stand, lautete auf sechs Jahre zwei Wochen Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten und zwei Wochen Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte 15 Jahre Gefängnis beantragt.

Provinzial-Nachrichten.

Ammendorf, 14. Jan. (Einbruchsdiebstähle.) In der Nacht zum Sonntag sind in unserm Ort drei Einbruchsdiebstähle verübt worden. Einbrecher waren in den Kassenraum der Gemeindeverwaltung eingedrungen und hatten den Behälter für die Tageskasse erbrochen. Da aber das Geld nachts im Geldschrank aufbewahrt wird, so fiel den Tätern an Geld nichts in die Hände. Aus dem ebenfalls gewaltsam erbrochenen Aufbewahrungsraum der Lebensmittel wurden etwa 80 Pfund Butter gestohlen. — In der Eisengießerei von Prinzler und auf Grube von der Heydt wurden wertvolle Treibriemen gestohlen.

Schloß Ostrau bei Stumsdorf. 14. Jan. (Zu Gunsten der Kriegsbeschädigten.) In dem Schlosse der Baronin Veltheim geb. Gräfin Lehndorff fand kürzlich zum Besten der Kriegsbeschädigten eine musikalische Veranstaltung statt, die einen glänzenden Verlauf nahm und geeignet sein dürfte, für weitere derartige Konzerte als Muster zu dienen. Nicht weniger als 650 Mark konnten der Kasse der Kriegsbeschädigten-Fürsorge überwiesen werden; gewiß eine stattliche Summe für eine musikalische Veranstaltung auf dem Lande. Den musikalischen Reigen eröffneten mit einer Sonate für zwei Violinen von Händel Gräfin Mechthild zu Waldeck und Pyrmont und Pastor Dr. Sannemann, die im weiteren Verlauf des Konzertes noch Solostücke von Beethoven, Soendsen, Godard und Hauser boten. Neben den rein instrumentalen Darbietungen wechselten Lieder von Johann Brahms und Kriegs- und Kinderlieder von Martin Frey mit Gedichten von Goethe, Schiller und anderen, die wirkungsvoll zum Vortrag gebracht wurden. Der zweite Teil des Programms wurde mit einer Ansprache des Herrn Generalsuperintendenten Schöttler-Magdeburg, eröffnet, der die Verwüstung in Ostpreußen, aus eigener Anschauung kennend, ein Bild über die Zustände dieser Provinz nach dem russischen Einfall entrollte und mit der Aufforderung schloß, unseren verstümmelten Soldaten nach Kräften beizuspringen. Der Ansprache schlossen sich wieder musikalische und deklamatorische Darbietungen an und hochbefriedigt verließen sämtliche Teilnehmer nach etwa dreistündigem Zusammensein das gastliche Schloß.

? **Merseburg, 14. Jan.** (Eine neue Brotmarken-Verfügung) hat der Kgl. Landrat erlassen. Danach befinden sich bedeutend mehr Marken im Umlauf als Versorgungsberechtigte vorhanden sind. Infolgedessen werden vom heutigen Tage ab sämtliche Brotmarken mit Datum vor dem 1. Januar für ungültig erklärt. Mehl darf nicht mehr abgegeben werden. Wirklich ersparte Brotmarken jedoch können umgetauscht werden.

XX **Glesien, 12. Jan.** (Abgefaßte Diebinnen.) In der Nacht zum Donnerstag ½2 Uhr hörte der auf seinem Dienstgange befindliche Hilfsgendarm hinter dem Rittergut ein Geräusch im Garten und sah zugleich 2 Personen beim Stehlen von Zuckerrüben. Die Spitzbuben hatten schon 14 Säcke mit Rüben aus der Miete des Ritterguts Glesien gefüllt. Sie wurden erwischt und entpuppten sich als zwei Kriegerfrauen, und zwar die Tochter und die Schwiegertochter des auf dem Rittergut beschäftigten Hofmeisters. Die beiden Frauen wurden zur Anzeige gebracht.

Dessau, 14. Januar. (Zu den Konflikten auf dem Dessauer Rathause) sind folgende amtliche Bekanntmachungen erlassen: Die auf Montag, den 14. Januar, angesetzte Sitzung der Stadtverordneten wird aufgehoben. Am Dienstag, den 15. Jaunar, findet dagegen eine Stadtverordnetensitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einschreiten gegen einen Stadtverordneten wegen angeblicher pflichtwidriger Handlung. 2. Stellungnahme zu der Beschäftigung hilfsdienstpflichtiger Stadtverordneter im städtischen Dienste gegen Bezahlung. 3. Bericht über die Verhandlungen des Gemeinderats gemäß § 84 der Gemeinde-, Stadt- und Dorfordnung und weitere Beschlußfassung. 4. Antrag des Stadtverordneten Dr. Leonhardt auf Einleitung eines Ermittelungsverfahrens bei Herzoglicher Staatsanwaltschaft gegen den Oberbürgermeister Dr. Ebeling wegen Wuchers und Ueberschreitung der Höchstpreise. 5. Gesuch des Oberbürgermeisters Geh. Regierungsrats Dr. Ebeling um seine Pensionierung. 6. Wahl eines Stadtrats. In einer außerordentlichen Sitzung stimmte der Gemeinderat der Aenderung des Ortsstatuts zu, die die Anstellung eines fünften Stadtrats zur Uebernahme des städtischen Lebensmittelverkaufs bezweckt.

Bitterfeld, 14. Januar. (Vortrag über die Gestüt den Zweijährigen Primer, einen Halbbruder von Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei sprach Abg. Delius unter großem Beifall über das Thema „Auf dem Wege zur Freiheit". Redner behandelte ausführlich die Gründe, die für einen freiheitlichen Ausbau des Staatslebens sprechen. Er trat für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts für Preußen ein, wünschte die Beseitigung, zum mindesten aber eine gründliche Reform des Herrenhauses, wozu die jetzige Vorlage nicht ausreiche, da wichtige Schichten vertretungslos bleiben. Daneben sei die Parlamentarisierung zu verlangen. Dem müssen sich dann weitere Reformen anschließen. — Die Versammlung war trotz des schlechten Wetters stark besucht.

Magdeburg, 14. Januar. (3000 Paar Elefantenwürste als Liebesgabe) hat hier die Wurstfabrik Carl Meusel gestiftet. Die Würste sind am vergangenen Sonntag an die Verwundeten in Magdeburgs Lazaretten verteilt worden. Den „Stoff" für diese Würste hat der Elefant geliefert, der dem Zirkus Althoff gehörte und getötet wurde.

Vermischtes.

Vier Personen wegen Raubmordes verhaftet. Zu gemeinsamem Raubmord vereinigten sich der Artist Steiner, Tapezierer Hoest und zwei Dirnen, die dem verheirateten Hofgutsbesitzer Wurm in Fuchsmühle bei Regensburg im Kuhstall auflauerten und ihn erstachen. Alle vier Personen wurden verhaftet.

Schwerer Eisenbahnunfall in Italien. Auf der Linie Turin—Modane hat sich ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet, durch den der Zugverkehr mit Frankreich für siebzehn Tage unterbrochen wurde. Es handelt sich um einen Erdrutsch im Tunnel von Meana. Man vermutet ein Attentat.

Ein Romanow in der Schweiz. M. Ernest Réginald in Lausanne, der behauptet, ein Oheim des abgesetzten Zaren zu sein, hat sich an den Bundesrat der Schweiz mit der Bitte gewendet, ihm die Schweizer Staatsbürgerschaft zu gewähren. Er behauptet, daß sein Vater der „Zarenbefreier" Alexander II. und seine Mutter eine in Petersburg im Jahre 1866 wohlbekannte englische Dame war. Achtundzwanzig hervorragende Bürger von Genf unterstützen das Gesuch, und die russischen Schriftsteller Roubakine und Birnkow bestätigen, daß zwischen Réginald und den Romanows eine merkwürdige Aehnlichkeit der Gesichtszüge bestehe Der Bundesrat scheint nicht geneigt zu sein, dem Naturalisierungsbegehren zu entsprechen.

Die Pest in China. Der Berichterstatter der „Daily News" aus Nord-China berichtet, daß die Pest innerhalb der ersten sechs Wochen 300 Meilen fortgeschritten sei und bereits Fanunanfu und die Eisenbahn von Peking nach Hankau erreicht habe. Der Berichterstatter erklärt, daß der Gouverneur von Suiyan sich weigere, Vorkehrungsmaßregeln zu gestatten.

Amerikas neueste Flagge. Mit echt amerikanischem Großmannstum suchen sich jenseits des großen Wassers auch die Daheimgebliebenen einen Zipfel vom Banner des Ruhms zu erhaschen, indem sie mit der vaterländischen Gesinnung ihrer Angehörigen hausieren gehen. Jede Familie, die ein oder mehrere Mitglieder im Felde stehen hat, schafft sich unverzüglich eine sog. „Kriegsteilnehmerflagge" an, ein weißes Tuch mit breitem roten Rand, das je nach der Anzahl der verwandten Kriegsteilnehmer einen oder mehrere Sterne aufweist. Dieses Triumphtuch wird an die Wand oder aus dem Fenster gehängt, um der Mitwelt zu künden, daß man dem Kriege seinen Tribut gezollt habe. Oft sieht man auch Kinder auf Rollschuhen daherfahren und ihre Kriegsteilnehmerflagge schwenken. Indes beschränkt sich die Anwendung dieses Ruhmesfetzens nicht auf die Familien. sondern auch Vereine, Geschäfte und industrielle Unternehmungen bedienen sich seiner.

Sport-Nachrichten.

Pferdeverkäufe. Herr Stempel erwarb vom Stall Ilse die beiden Dreijährigen Götz und Front. Honved, der von Fervor aus der Hopscotch hochgezogene Dreijährige des Stall Weinberg, wurde an Frau F. Liebenthal verkauft. —Ferner H. Voß-Dortmund kauft vom Gestüt Mydlinghoven die beiden bereits erfolgreich gewesenen Leutnant und Venus. Frau v. Schmidt-Pauli erwarb von demselben Gstüt den Zweijährigen Primer, einen Halbbruder von Nelestro — Der Dreijährige Johanniter wurde von Graf Seydlitz-Sandreczki an Herrn O. Lange verkauft und kam zu Trainer K. Schmidt in Arbeit.

Jockei A. Reith, der sich im Oktober v. J. bei seinem Sturz mit Guntram in Karlshorst schwere Verletzungen zuzog, ist aus dem Berliner Humboldt-Krankenhaus entlassen worden. Wahrscheinlich wird er nicht mehr in Rennen reiten, sondern sich in Hoppegarten als öffentlicher Trainer niederlassen.

Paul Burggraf, Jena †. Im Alter von 37 Jahren verstarb in Jena der bekannte thüringische Sportsmann Paul Burggraf. Seit den ersten Tagen des Rasensportes erwarb er sich als Vorkämpfer und als Vereinsleiter in Jena große Verdienste. Der Sportklub Jena verliert in ihm seinen Gründer und einen seiner besten Führer.

Der Schachwettkampf Schlechter-Rubinstein zu Berlin wird am 19. Januar im „Kerkaupalast" beginnen. Es wird täglich, mit Ausnahme des Donnerstags, gespielt werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 14. Januar. Die anscheinend bevorstehenden wichtigen politischen Entscheidungen, nicht minder aber die den Verkehr störenden Witterungsverhältnisse trugen dazu bei, das Börsengeschäft empfindlich einzuschränken und einen abträglichen Einfluß auf die Stimmung auszuüben. Verhältnismäßig gehalten war ein Teil des Montangebietes. So behaupteten sich auf ihrem ungefähren vorigen Stand Bismarckhütte Bochumer, Luxemburger, Kattowitzer und Caro-Aktien. Fester sprachen sich Gelsenkirchen, Mannesmann und Phönix-Aktien aus, wogegen Harpener, Hohenlohe, Laurahütte, Rheinstahl, Rombachen und besonders Oberbedarf ihren Stand ermäßigten. Matt lagen auch Schiffahrts-Aktien, wie namentlich Hansa, Lloyd und Hamburg-Südamerika. Gut behaupteten sich Hapag-Aktien, Rüstungswerte nicht einheitlich. Während Deutsche Waffen und Orenstein preishaltend waren, gaben Hirsch Kupfer, Cöln-Rottweiler, Rheinmetall und Felten nach. Benz Motoren behauptet. Von chemischen Werten gingen Scheidemandel auf niedrige Dividendenschätzung stärker zurück, auch Höchster Farbwerke erheblich matter, während das Uebrige vernachlässigt wurde. Von Elektrizitäts-Aktien wurden Bergmann etwas höher bezahlt, auch A. E. G. behaupteten sich, sonstige hierhergehörende Werte umsatzlos. Das nämliche gilt von Kaliwerten; Deutsche Kali-Aktien gaben leicht nach. Von sonstigen Effekten nennen wir Lombarden und Schantungbahn als matter, Berliner Straßenbahn als fest. Größerem Angebot unterlagen russische Anleihen und Bank-Aktien. Deutsche Anleihen sowie Oesterr.-Ungarische Renten wenig verändert. Tägliches Geld 4½ Prozent zirka. Privatdiskont 4⅝ Prozent.

Im weiteren Verlaufe waren Deutsche Anleihen, und zwar besonders 3prozentige Titres sowie russische Anleihen gebessert. Höher wurden ferner Rheinmetall und Benz, während Deutsche Petroleum schwächer lagen. Der Kassamarkt zeigte verhältnismäßig gute Haltung. Hier stellten sich höher: Ver. Kammerichsche Werke, Westdeutsche Jute, Ver. Thüringische Nadel- und Stahlwaren, Bemberg, Silesia und Hedwigshütte. Auf der anderen Seite waren Busch Waggon, Ver. Nickelwerke, Rauchwarenfabrik Walter, Harkort, Bergwerk und Eckert Maschinen abgeschwächt.

Devisenkurse.

Berlin, 14. Januar 1918

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	–	–	–	–
Holland	100 fl.	21[illegible],00	216,00	215.50	216,00
Dänemark	100 Kr.	152,50	153,[illegible]0	152,50	153
Schweden	100 Kr.	163,25	163,[illegible]5	163,[illegible]5	163,75
Norwegen	100 Kr.	161,25	161,75	161,25	161,75
Schweiz	100 Fr.	112,50	112,75	112.50	112,75
Wien / Budapest	100 K.	66.55	66 65	66 55	66 65
Bulgarien	100 Leva	80.00	80,50	80,00	80,50

Konstantinopel Geld 19,05 Brief 19.15
für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 117,50 Brief 118 50
für 100 Pesetas

Getreide.

Berlin, 14. Januar. Die heftigen Schneefälle der letzten Tage haben den Verkehr im Reiche fast lahmgelegt, so daß die Zufuhren so gut wie aufgehört haben. Besonders unangenehm macht sich dies für die Versorgung mit Rauhfutter in Berlin bemerkbar, und der Magistrat ist ganz auf die hier lagernden Vorräte angewiesen. Interessant ist es, daß auf Grund eines vor einiger Zeit erlassenen Rundschreibens der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Kohl- und Runkelrüben in großen Mengen angekauft werden sollen, um für die menschliche Ernährung benutzt zu werden. Nach Sämereien, insbesondere Rotklee und Hülsenfrüchten bleibt die Nachfrage dauernd stark. Die neuen Preise für Seradella sind heute endlich bekanntgegeben und sind, wie erwartet, ziemlich hoch. Wetter: Starke Schneefälle.

Die Hypothekenbanken haben Erwägungen eingeleitet über die nach dem Kriege vorzunehmende Art der Abtragung der Zinsrückstände. Anregungen der Regierung entsprechend wird bei der Tilgung der rückständigen Beträge seitens der Institute großes Entgegenkommen geübt werden. So wird voraussichtlich die Abtragung in verhältnismäßig kleinen Teilzahlungen gestattet werden. Von den Hypothekenbanken wird im übrigen die Mündelsicherklärung der Hypothekenpfandbriefe angestrebt.

Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. in Halle. Unlängst ging eine Mitteilung durch die auswärtige Presse, daß die bekannte Anfechtungsklage der von der Berliner Diskonto-Gesellschaft geführten Minderheit der Aktionäre gegen den Hauptversammlungsbeschluß, der den Kohlenlieferungsvertrag mit der Kursächsischen Braunkohlen-, Gas- und Kraftgesellschaft aufhob, in der Berufungsinstanz demnächst erneut zur Verhandlung komme, nachdem das hallische Landgericht die Klage kostenpflichtig abgewiesen habe. Diese Nachricht trifft nicht zu. Die Klägerin hat nämlich auf Fortführung dieses Rechtsstreites verzichtet und das Urteil hat darum schon Rechtskraft erlangt.

Amtliches Kursblatt der Berliner Börse. Für die Steuerveranlagung und Vermögensverwaltung ist dem Besitzer von Wertpapieren die Kenntnis der amtlichen Kurse vom 31. Dezember 1917 von großer Wichtigkeit. Das Kursblatt von diesem Tage ist daher vom Bundesrat für im Inland ansässige Personen und Gesellschaften allgemein, also auch für solche Personen und Gesellschaften, freigegeben worden, die nicht das Bankiergewerbe betreiben. Zu beziehen ist es zum Preise von 30 Pfennig von der Hauptkasse der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Neue Friedrichstraße 51 (Zimmer 47).

Zu den Braunkohlenerwerbungen des Anilinkonzerns. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die Farbenfabriken vorm Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen für den Anilinkonzern die bei Grevenbroich liegenden umfangreichen Doktor Wolffschen Braunkohlenfelder erworben haben, die alsbald erschlossen werden sollen. Wie wir jetzt dazu hören, handelt es sich dabei um ein Objekt von 6 Millionen Mark.

Norddeutsche Zuckerraffinerie, Frellstedt. Der Aufsichtsrat beantragt für 1916/17 die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (im Vorjahre 6 Prozent).

Große Leipziger Straßenbahn in Leipzig. Die Verwaltung beschloß unter Zustimmung des Rates der Stadt die Erhebung eines Kriegsteuerungszuschlages von 5 Pfennig für jede Fahrt unter Beibehaltung des jetzigen Umsteigeverkehrs.

Elbe 14. Januar

Aussig	– –	Roßlau	–0.3[illegible]
Dresden	–1 64	Barby	+0.69
Torgau	–[illegible]	Schönebeck	+0.47
[illegible]	+ –	Magdeburg	[illegible]

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hugo Franke.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180115014/fragment/page=0004